

Nimmt der Resolution ohne weiteres zu und erklärt (in der Nummer vom 25. August), daß nach den hier enthaltenen Grundzügen die Fraktion gegen den Wehrbeitrag, aber für die Vermögenszuwachssteuer stimmen mußte. Grund: für den Wehrbeitrag bestand eine sichere bürgerliche Mehrheit, da waren also unsere Stimmen nicht nötig, die Mehrheit für die Vermögenszuwachssteuer war unsicher und deshalb mußte die Fraktion dafür stimmen, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß indirekte Steuern beschloffen werden. Eine solche Abhängigmachung des sozialdemokratischen Votums von der zufälligen Zusammenlegung der bürgerlichen Parteien scheint in hohem Maße bedenklich. Im gegebenen Falle ist es aber die reine Konjunkturpolitik, denn wir wissen noch gar nicht, ob die bürgerlichen Parteien den Mut gefunden hätten, die Kosten der Wehrvorlage durch indirekte Steuern aufzubringen, ob eine Einigung unter ihnen zustande gekommen wäre, ob nicht vielleicht das Resultat der Ablehnung des vom Zentrum und den Liberalen ausgehenden Kompromisses, die Auflösung des Reichstags gewesen wäre.

Das Argument, unsere Fraktion habe 1898 sich bereit erklärt, zur Deckung der Flottenvorlage eine Reichseinkommensteuer zu bewilligen, ohne auf Widerspruch in Kreisen der Partei zu stoßen, ist nicht stichhaltig. Vor allem ist die Situation eine ganz andere. Damals war die Deckungsfrage überhaupt nicht mit der Flottenvorlage verbunden, es wurden keine neuen Steuern von der Regierung gefordert. Ferner mußte allgemein der Antrag unserer Fraktion, die Kosten durch eine progressive Reichseinkommensteuer zu decken, als durchaus nur agitatorisches Mittel betrachtet werden. Stah auf derartige Präzedenzfälle zu berufen, geht schon deshalb nicht an, weil daraus nur folgern würde, daß schließlich 1898 ein Fehler begangen wurde, der bei der heutigen Situation ganz andere Bedeutung hat. Denn jetzt war eben die Situation die, daß die Annahme der Heeresvorlage keineswegs gesichert war, solange die Deckungsfrage offen stand. Erst als die bürgerlichen Parteien die Sicherheit hatten, daß die sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung zu direkten Steuern geben werde, war ihre Angst vor den Wählermassen geschwunden, sie konnten in aller Ruhe die Militärvorlage annehmen.

Die Bewilligung oder Ablehnung von Steuern ist ein Mittel im parlamentarischen Kampf, während die Teilnahme am Parlamentarismus für uns schließlich nur ein Mittel im Kampfe gegen den kapitalistischen Staat samt Militarismus und Imperialismus ist. So aufgefaßt ist die Frage des Genossen Geyer vollst. verständlich und berechtigt: „Was widerspricht den Interessen der Arbeiterklasse mehr: indirekte Steuern oder Stärkung des Militarismus?“ Sie bedeutet, daß die Steuerfrage im Kampfe gegen den militaristischen Klassenstaat wohl eine wichtige Rolle spielt, aber nicht das entscheidende ist. Darin liegt eben der Grundfehler der Wurmischen Resolution, daß hier die Steuerfrage losgerißt von den Aufgaben des revolutionären Endziels behandelt wird, während sie nur zu würdigen ist im Zusammenhang mit unserer gesamten Haltung dem Staate gegenüber.

Aber selbst aus rein taktischen Gründen halten wir eine derartige Festlegung, wie sie hier der Partei empfohlen wird, für durchaus verfehlt, weil sie die Lage unserer Fraktion ungemein erschweren würde. Wird eine solche Haltung, der Fraktion zur Pflicht gemacht, dann brauchen nur die Militärfanctiker den Widerstand einzelner bürgerlicher Parteien gegen direkte Steuern in Verbindung mit Militärvorlagen zu überwinden (indirekte Steuern können dann immer noch für andere Zwecke durchgedrückt werden), um jeden Kampf um diese Vorlagen zur Farce zu machen; er bleibt dann reduziert auf eine Anzahl mehr oder minder wirkungsloser sozialdemokratischer Reden, während die Deckungsvorlagen spielen gelöst werden, da ja die Sozialdemokraten, sobald man ihnen mit indirekten Steuern droht, schleunigst die direkten zu bewilligen haben. Die Opportuniststaktik droht hier ein Strich für die Partei zu werden.

Wir können uns durch die Argumentation des Genossen Karzki nicht für überwinden erachten. Ihr Fehler scheint uns eine zu starr-formalistische Auffassung zu sein, wonach eine Parteitagresolution ein unerbittliches Joch ist, durch das die Partei auf alle Fälle marschieren muß, auch wenn ganz außergewöhnliche Umstände, die zur Zeit ihrer Abfassung nicht vorausgesehen waren, sie aus Vernunft zu Unsinn machen sollten. Nur aus dieser unberechtigten Annahme heraus kann Genosse Karzki zu seinem paradoxen Beispiel von der Bewilligung der Kosten für die Deportation der organisierten Sozialdemokraten kommen.

Der schwerwiegendste Einwand, den Genosse Karzki gegen die Resolution Wurm erhebt, ist der, daß die Sozialdemokratie nicht die Deckung für Rüstungen bewilligen darf, wenn diese Bewilligung die Voraussetzung für die bürgerlichen Parteien bei ihrer Bewilligung der Rüstungsvorlage ist. Darin können wir ihm unbedenklich zustimmen. Die Streitfrage ist nur, ob die Bewilligung der Deckungsvorlage durch die Sozialdemokratie diesmal die Voraussetzung für die Bewilligung der Wehrvorlage war. Das ist uns doch sehr unwahrscheinlich. Bei der bekannten Drohung des Zentrums, die Rüstungsforderung abzulehnen, wenn die Deckung nicht nach seinen Wünschen zustande komme, handelte es sich um einen Bluff, wie diese Partei der abgefeimtesten Demagogie dergleichen allezeit zur Verfügung hat. Selbst wenn ein Teil des Zentrums den Mut zu solcher Verweigerung gefunden hätte, der andre, gouvernementale gerichtete Flügel hätte nicht mitgemacht, die Mehrheit gegen die Wehrvorlage wäre nicht zustande gekommen. Denn daß vom Fortschritt auch nur ein Halbduzend sich angegeschlossen hätte, das wird auch der eingeseufteste Optimist nicht annehmen. Uebrigens nimmt die Resolution auf den Fall, daß die Bewilligung direkter Deckungssteuern die Voraussetzung für das Zustandekommen einer von der Sozialdemokratie abzulehnen Vorlage ist, genügend Rücksicht. Denn sie sagt ausdrücklich: „... es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der beschämtesten Vorlage nicht hindert.“

Die Meinung, daß es nicht ausgemacht gewesen sei, an die Stelle der abgelehnten direkten Steuern würden indirekte gesetzt werden, erscheint uns nicht begründet. Es wird auf die Angst der bürgerlichen Parteien vor dem Unwillen der Wähler verwiesen. Sollten sie sich nicht getrübt haben, daß sie diesen Unwillen auf die Sozialdemokratie abwälzen konnten? Würden sie nicht erklärt haben: „Wir wollten direkte Steuern, aber die Sozialdemokratie hat sie vereitelt und uns so indirekte aufgezwungen, wenn wir das Vaterland nicht wehrlos machen wollten!“ Kurz, es erscheint uns so gut wie sicher, daß die Ablehnung der Vermögenszuwachssteuer keine Verbesserung der Deckungsvorlage, sondern eine erhebliche Verschlechterung bewirkt hätte.

Daß der sozialdemokratische Antrag zur Flottenvorlage von 1898, die Kosten durch eine direkte Einkommensteuer zu decken, nur ein agitatorisches Mittel gewesen ist, vermögen wir nicht zuzugeben. Wir können uns keine agitatorische Aktion denken, hinter der nicht der feste und ernste Wille der Durchführung des Beantragten steht. Und wir sind sicher, daß die Partei es als einen großen Erfolg betrachtet hätte, wenn die Sozialdemokratie damals ihren Antrag hätte durchbringen können. Mit der 1898er Vorlage war allerdings die Deckungsvorlage nicht direkt verbunden, aber die Sozialdemokratie wars gerade, die die Deckungsfrage durch ihren Antrag mit Recht direkt mit der Flottenvorlage verknüpfte.

Nicht zutreffend ist endlich die Ansicht, daß die Resolution Wurm die Partei ohne weiteres zur Bewilligung der Mittel für alle Rüstungsforderungen verpflichtete, sobald die bürgerlichen Parteien drohen, andernfalls statt direkter indirekte Steuern zu setzen. Die Sozialdemokratie wird vielmehr in allen solchen Fällen sehr ernsthaft zu prüfen haben, ob diese Drohungen ernst gemeint sind, ob die bürgerlichen Parteien in der Lage sind, sie ausführen zu können. Wie wir oben schon angeführt haben, verpflichtet die Resolution Wurm die Partei, auf alle Fälle die Mittel zu verweigern, wenn die Ablehnung die Annahme der beschämtesten Vorlage zu hindern vermag. Die Partei erhält also in der Resolution Wurm nicht etwa die Anweisung, bei künftigen Militärvorlagen den Widerstand dagegen als Nebenache zu behandeln und ihr Hauptaugenmerk lebhaftig darauf zu richten, daß die Deckung nur durch direkte Steuern erfolgt. Sondern sie muß vielmehr alle Kraft daran setzen, eine so starke Protestbewegung in den Massen zu erregen, daß die bürgerlichen Parteien schließlich in der Angst vor dem Abfall größerer Wählerkreise doch die Zustimmung versagen. Wenn das nicht gelingt, wenn die Annahme der Vorlage sicher ist, tritt an die Sozialdemokratie die weitere Frage heran, ob sie die Vorlage eventuell noch zu Fall bringen kann, indem sie die Deckungsvorlage ablehnt, und ist auch das nicht möglich, so hat sie immer noch zu prüfen, ob die Gefahr besteht, daß die bürgerlichen Parteien indirekte Steuern an die Stelle direkter in der Deckungsvorlage setzen werden, falls die Sozialdemokratie die direkten Steuern verweigert. So fassen wir die Resolution Wurm auf und so halten wir sie für richtig.

Und als der Tod all diese Zerstörung sah, da wollte auch er anfangs einstimmen in das Gebet: „Gott, Gott!“

Aber als er überall hingeschaut hatte durch die Wände, allüberall hin, da konnte er nirgends einen Gott der Menschen sehen.

Und als er noch immer zögerte, da wuchsen die Schmerzen der Madlen.

Da raffte er sich auf.

Das dumme einfältige Mitleid warf er weg und wurde hart.

Zu helfen war nicht mehr. Dies war gewiß. Darum legte er Schlaf über die Augen der Madlen, und ein Traum gaukelte ihr Schönes und Liebes vor. Als über ihren Mund das Rächeln des Glückes huschte, kam er leise, unhörbar näher und löschte den schwachen Funken Licht mit harter Hand aus, und als das Leben im Körper der Madlen stille war, da legte der Tod in leichem Aufwallen seines weichen wehen Gefühls seine Hand sachte und leise auf ihre Augenlider und schloß diese selbst für immer.

Und als das Wehklagen anging, der Jammer und Wehgeschrei aus dem Menschenherzen um das Tote, da schlich der Tod still hinaus.

Draußen im Hausflur traf er auf das Kind der Madlen. Er blieb vor dem verwaisten Wesen stehen und strich ihm losend über die Haare, und dann nahm er das Mädchen auf den Arm und gelobte sich, wohl acht zu haben auf dieses Kindlein und rasch zu sein, wenn Weh und Gift der Welt über dessen Haupt zusammenlagerten sollten.

Denn trat er vor das Haus hinaus.

Als er weiter seine Straße wollte, traf er auf den Doktor.

Da kam ihn großer Jörn an, und als der Doktor dies sah, fiel er auf die Knie nieder und flehte um Vergebung.

Aber der Tod war böse und zornig und dennoch voller Verachtung auf diesen bettelnden Mann da vor ihm, der ohne Gefühl viele Hunderte aufs Totenbett geliefert hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitslosenversicherung.

Der von verschiedenen Seiten gestellte Antrag, die Frage der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags zu setzen, wird allgemein begrüßt werden, und zweifellos wird der Parteitag ihm zustimmen. Die hereingebrochene Krise läßt den Druck der Arbeitslosigkeit fürchtbar schwer auf den Massen lasten und macht die Frage, was dagegen zu machen sei, zur wichtigsten Frage, die das ganze Denken des Proletariats einnimmt. Direkt zu bekämpfen ist die Arbeitslosigkeit allerdings nicht; unter dem Kapitalismus findet nur derjenige Beschäftigte Arbeit und Lohn, den der Kapitalist profitbringend zu verwenden weiß, und wenn aus dem Ueberfluß der Produktion eine Krise entstanden ist, verschwindet diese Möglichkeit und müssen die Arbeiter massenhaft feiern und hungern. Solange nicht der Kapitalismus durch die Eroberung der politischen Herrschaft durch das Proletariat beseitigt ist, solange wird diese Quelle des Elends nicht verschwinden. Unter dem Kapitalismus kann nur von einer Bänderung der Folgen der Arbeitslosigkeit die Rede sein. Die Frage, wie diese Bänderung am besten zu erzielen ist, wird jetzt zu einer der brennendsten Fragen der Sozialreform. Wenn die Behandlung dieser Frage auf dem Parteitag auch nicht zu langen Diskussionen führen wird, da große taktische Meinungsverschiedenheiten darüber kaum vorhanden sein werden, so wird sie um so mehr geeignet sein, klärend und agitatorisch zu wirken und als Triebkraft der Gesetzgebung zu dienen.

Man redet über die Arbeitslosenversicherung oft, als ob sie eine Sozialreform derselben Natur ist wie die Kranken- oder Invaliditätsversicherung. Aber das Uebel der Arbeitslosigkeit steht mit dem ganzen kapitalistischen System in einem viel tieferen und innigeren Zusammenhang, als jene andern Uebel und Nöte, gegen die das bisherige staatlich geregelte Versicherungswesen dienen soll. Mögen Krankheit, Unfälle und Arbeitsunfähigkeit noch so stark durch die kapitalistische Ausbeutung gesteigert werden und als solche eng mit dieser Wirtschaftsordnung verknüpft sein, sie sind immer nur Wirkungen, hinzukommende Folgen. Und selbst man sich den Fall, daß sie durch eine ideale Sozialreform fast völlig beseitigt wären, das Ausbeutungssystem selbst wäre damit nicht im geringsten angefaßt; vielmehr stände es durch den Fortfall schlimmer Kostenfaktoren unangreifbar da. Wäre aber die Arbeitslosigkeit beseitigt, so wäre die Ausbeutung in ihrem Fundament erschüttert; der Druck der Reservearmee der Arbeitslosen hält die Löhne niedrig, und könnte dieser Druck aufgehoben werden, so müßte es den Arbeiterorganisationen viel leichter fallen, sie immer mehr auf Kosten des Mehrwerts zu steigern. Es ist schon öfter dargelegt worden, wie eine zur Herrschaft gelangte Arbeiterklasse vor allem durch ihre Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit die Macht der Unternehmer gegen die Gewerkschaften schwächen und damit den Weg zur Aufhebung der Ausbeutung anbahnen könnte.

Die Arbeitslosigkeit ist also nicht nur Wirkung, sondern auch eine Ursache und Grundlage des Kapitalismus. Und daher müssen bei der verschiedenen Stellung, die Bourgeoisie und Proletariat zu der Bekämpfung ihrer Folgen einnehmen, noch wesentlich andere Gründe maßgebend sein, als bei ihrer Stellung zu der übrigen sozialen Versicherung. Soweit für die Bourgeoisie dieselben Gründe hier wie dort zur Reform drängen, liegen sie einerseits in der Empörung gegen die bestehende Weltordnung, die die Not in den Massen heranzüchtet, andererseits in der Schwächung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft für die Arbeit im Dienste des Kapitals. Wenn in Zeiten schlimmer Krise die Arbeitslosen zu Tausenden und Zehntausenden durch die Strafen ziehen, um dort vor dem prangenden Reichtum der Besitzenden ihr Elend zu demonstrieren, dann erwacht in manchem Bourgeoisherzen die Furcht, die das Gewissen mahnt; etwas Geld wird gesammelt und die Kommunen veranlassen Notstandsarbeiten — mehr weiß die herrschende Klasse natürlich auch nicht zu machen. Einsichtige Sozialreformer rechnen ihr vor, daß es in ihrem eignen Interesse liegt, die Arbeitskraft des Proletariats, die Quelle ihrer Profite, nicht durch Not und Krankheit zu schwächen und verkommen zu lassen, sondern sie durch eine richtig organisierte Hilfeleistung instand zu halten. Das alles gilt hier genau so wie bei andern Uebeln des Kapitalismus, die den Arbeiter verelenden. Aber bei den andern tritt nur die Knauererei der Bourgeoisie als Hemmnis der Sozialreform auf; für kranke oder verletzte Arbeiter ein gutes Stück Geld aufzubringen, täte ihr um ihr Portemonnaie leid. Bei der Arbeitslosigkeit kommt noch etwas hinzu, das die Wortführer des Unternehmertums in der Sorge zum Ausdruck bringen, daß nicht die Faulheit die Seele der Arbeiter verdirbt. Gibt man den arbeitslosen Arbeitern Unterstützung, sagen sie, so bemühen sie sich überhaupt nicht mehr um Arbeit, weil ihnen das faulenzende Leben besser zusagt! Die Junker schmälen ja schon, daß sogar Arbeitslose von der schönen gesunden Landarbeit zu 1 Mk. pro Tag nichts wissen wollen. In dieser Furcht vor der Förderung der „Faulheit“ spricht sich der Wille der Bourgeoisie aus, die löhndrückende Wirkung der Arbeitslosigkeit nicht aufheben zu lassen. Das tritt auch in der standalös niedrigeren Bezahlung der Notstandsarbeiten zutage.

Auch für das Proletariat liegt neben der Bänderung des persönlichen Elends die Hauptfrage in der gesellschaftlichen Wirkung der Arbeitslosigkeit. Daß bei starker Arbeitslosigkeit die verhungerten Arbeiter sich massenhaft für einen geringen Lohn zur Arbeit drängen und die noch arbeitenden sich den Lohnherabsetzungen nicht widersehen können, geht in erster Linie die Gewerkschaften an, deren Erfolge dabei in Frage gestellt werden. Die Gewerkschaftsbewegung hat nun die Arbeiter allmählich dahin erjogen, daß sie sich auch bei Arbeitslosigkeit nicht zu Lohnrückern hergeben. Aber dafür dürfen dann umgekehrt die Gewerkschaften die arbeitslosen Kollegen auch nicht im Stich lassen, sonst könnte doch schließlich die Solidarität am Hunger zusammenbrechen. Daher mußten die Gewerkschaften immer mehr zu einer Unterstützung der Arbeitslosen kommen, als notwendiger Teil ihres Kampfes um bessere Löhne. Gerade weil die Arbeitslosenunterstützung nicht einfach eine Sozialreform ist, sondern zugleich eine Kampfmaßnahme, haben die Gewerkschaften sie schon praktisch verwirklicht, als die bürgerliche Welt noch nichts damit anzufangen wußte.

Es ist aber von vornherein klar, daß eine befriedigende Abhilfe des ganzen Uebels die Kräfte der Gewerkschaften übersteigt; sie können nur während kürzerer Perioden der Arbeitslosigkeit Unterstützung gewähren. In viel stärkerer Maße gilt also, daß das Proletariat als Ganzes nicht in der Lage ist, die Summen zusammenzubringen, die zur Steuer

Mensch, nicht wahr, so ist es besser, als da dumm in kurzer Zeit gesund machen?“

Da fuhr der Tod auf. Seine gute Meinlaune war verfliegen, und in seiner ganzen herben Majestät blickte er den Doktor verächtlich an.

Dem Doktor war da, als gerinne ihm das Blut in den Adern. Und als er wieder seine Sinne gesammelt hatte, war Majestät Tod verschwunden.

Darum ging auch der Doktor langsam Gutenberg zu. Er wollte in den Schlüssel nach der Madlen schauen und wenn irgend möglich noch was tun, damit es länger dauere, um den Tod zu verjöhnen.

Der Tod aber war im Nu im Schlüssel bei der Madlen. Nur wollte ihm nicht gefallen, daß im Waldhüterhaus so innig um das Leben der Madlen gebetet wurde. Das wußte er, solche Dinge bedeuten immer etwas Uebles, nie Gutes.

Als er vor dem Bette der Madlen stand, tat ihm das Herz weh wie schon lange nicht mehr.

Keum hatte er das junge Weib mehr erkannt. Bläß und schmal war sie geworden. Die ehemals so vollen Wangen waren eingefallen, und harte Knochen drückten an die Haut fürbten diese Stellen weiß. Um die Augen lag die Farbe des Wehs und der Schwäche. Die Haare waren ausgefallen, und in den Augen steckte ein Gebet zu Gott und dem Tod: „Daß mich meinem Kinde leben!“ und bang ging die rechte Hand über das Bettuch hinweg. Die linke Seite und die Bekne waren gelähmt, und keuchend flog der Atem. Schmerz quälte den Schlaf hinweg.

Und neben dem Bette stand der Gatte der Madlen. Mochte der doch so gut sein wie er wollte, in diesem Augenblick tat ihm das Herz vom Springen weh. Er hätte alles auf sich genommen, was sein Weib da litt. Dies hätte er getan, das sah der Tod.

Aber er sah auch das kleine Kindlein unter der Tür stehen, hangen Blickes auf das Bett schauend, denn es war ja verlassen, seit die Mutter da lag.

ung dieses Uebels nötig sind. Nur die bestgestellten Gruppen der Arbeiter, die sich in den guten Arbeitsjahren, von 20 bis etwa 40, befinden, wären dazu mit knapper Not imstande; die großen Massen der schlecht entlohnenden und schlecht organisierten Schichten, sowie diejenigen über 40 Jahre, die mit halbverbraucher Arbeitskraft sich durchschlagen müssen, sind dazu nicht fähig. Deshalb stellen wir die Forderung an Staat und Gemeinde, hier helfend einzugreifen. Die besten Formen für diese Hilfe zu finden, bildet das praktische Problem der Arbeitslosenversicherung.

Die beste Lösung dieses Problems dürfte das Benter System bieten, das auch den Vorschlägen unserer Gemeindevertreter in Groß-Berlin zugrunde liegt. Die Gemeinden zahlen einen Zuschuß zu der von der Gewerkschaft geleiteten Unterstützung, während für die Arbeiter, in deren Fach keine Gewerkschaft besteht, eine kommunale Versicherung nach demselben Muster gebildet wird; ein paritätischer Arbeitsnachweis ergänzt die Tätigkeit der Kasse. Jetzt tritt die Frage auf, ob nicht der Staat an die Stelle der Gemeinden zu treten habe, um allgemein durchzuführen, was bis jetzt nur Ausnahme ist. Auch könnte man noch erwägen, inwieweit ein höherer Zuschuß für die am schlechtesten entlohnenden Arbeiter erwünscht wäre. Aber die Hauptsache, die als Prinzip für jede öffentliche Unterstützung zu gelten hat, ist hier erfüllt: die Gewerkschaften müssen die Kontrolle ausüben, damit nicht Verweigerung der Unterstützung infolge der Verweigerung, die vom Arbeitsnachweis angebotene Arbeit anzunehmen, zu einem Kampfmittel gegen ihre Errungenschaften wird.

Bei Vorschlägen zur praktischen Vermittlung in einer Frage, in denen die grundsätzlichen Klasseninteressen sich widersprechen, kann es sich nur um Regelungen handeln, die den augenblicklichen Machtverhältnissen entsprechen; also nicht um Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die erst von einem siegreichen Proletariat zu erwarten sind. Der Druck, durch den die Reservearmee ein stetiges Steigen der Löhne verhindert, ist nicht aufzuheben; man kann nicht mehr, als die Kraft beiseitigen, die die bisherigen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung immer wieder herunterzubringen sucht. Das ist ein bedeutendes und zugleich erreichbares Ziel; allerdings darf man sich nicht der Illusion hingeben, die beständige Klasse sei sofort bereit, uns darin entgegenzukommen. Um so mehr werden die Massen uns verstehen; gerade die Ausstellung dieser Forderung, die Hervorhebung ihrer sehr begrenzten Wirkung und die trotzdem ablehnende Haltung der Bourgeoisie werden am besten geeignet sein, die Massen über Kapitalismus und Sozialismus aufzuklären und sie in der kommenden Zeit der Krise zum Klassenkampf zu wecken.

Engels über Bebel und Marx.

Im Kampf, der wissenschaftlichen Wochenschrift unserer deutsch-amerikanischen Genossen, veröffentlicht Genosse Kabanoff folgenden Brief, den Friedrich Engels im Jahre 1884 an Johann Philipp Bebel, den alten Hauptgenossen der Revolution, geschrieben hat. Das interessante Dokument lautet:

London, 15. Oktober 84.

Stieber Alter!

Ich habe Dir gestern mein Büchel über den Ursprung der Familie usw. geschickt und heute eine Postanweisung für fünf Pfund herausgenommen. Beides erhältst Du hoffentlich gleich.

Das Bebel im Sommer bei Dir war, habe ich mit Freude von Dir gehört. Dein Urteil über ihn ist ganz das meinige. Er ist der flache Kopf in der ganzen deutschen Partei und dabei durch und durch zuverlässig und nicht zu bezweifeln. Was man selten findet, ist, daß sein großes Nebenamt — alle Philister erkennen es, und zwar völlig, an, und Bismarck hat seinem Papierfabrikanten-Verband gesagt, Bebel sei der einzige Redner im ganzen Reichstag — ihn in keiner Weise verläßt. Das ist seit Demosthenes nicht mehr vorgekommen, alle andern Redner sind schlaue Köpfe gewesen. Wegen meiner Gesundheit mach Dir keine Sorgen, ich habe ein solches, manchmal föhrendes, aber keineswegs allgemein nachwirkendes und nicht einmal unbedingt unheilbares Fieber, das mich schimmelschwarz kriegsdienstuntauglich macht. Vielleicht kann ich aber doch wieder in einigen Jahren zu Pferd steigen. Ich habe nicht schreiben können seit vielen Monaten, aber diktiert, und bin mit dem zweiten Buch des Kapital so ziemlich fertig, auch die englische Uebersetzung des ersten Buches (soweit sie fertig, drei Akte) des Ganzen durchgeschickt. Auch habe ich jetzt Mittel gefunden, vermöge deren ich wieder einigermaßen auf den Beinen bin und bald noch weiter zu kommen hoffe. Das Buch ist vielmehr, daß ich, seit wir Marx verloren, ihn vertreten soll. Ich habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine spielen, und glaube auch, meine Sache ganz passabel gemacht zu haben. Und ich war froh, so eine famos erste Violine zu haben, wie Marx. Wenn ich nun aber plötzlich in Sachen der Theorie Marx' Stelle vertreten und erste Violine spielen soll, so kann das nicht ohne böse Abgeben, und niemand spürt das mehr als ich. Und wenn erst die Zeiten etwas bewegter werden, dann wird uns erst recht sichtbar werden, was wir an Marx verloren haben. Den Ueberblick, mit dem er im gegebenen Moment, wo rasch gehandelt werden mußte, stets das Richtige traf, und sofort auf den entscheidenden Punkt losging, den hat keiner von uns. In ruhigen Zeiten kam es wohl vor, daß die Ereignisse mir ihm gegenüber dann und wann recht gaben, aber in revolutionären Momenten war sein Urteil fast unfehlbar.

Marx' jüngste Tochter hat einen recht braven, fröhlichen, Dr. Aveling, geheiratet, sie kommen jeden Sonntag zu mir. Die andre Tochter, die Du kennst, ist auch augenblicklich bei mir und läßt Dich aus herzlichste grüßen. Sie spricht noch sehr viel und gern von dem mit Dir in Gen verlebten Tag.

Ich hoffe, es geht mit Deiner Gesundheit noch immer gut voran. Sollte Dir aber je wieder etwas zustößen, so laß mich gleich wissen, das vorigemal war ich lange Zeit ohne das geringste zu ahnen. Und das darfst Du Dir nicht wieder zuschulden kommen lassen.

Deinen Briefen usw. forsche ich nach, sobald ich überhaupt an die Papiere gehen kann. Seit Mai war ich dazu körperlich nicht imstande. Und jetzt sind so viel bringende Arbeiten abzustehen, daß ich nicht daran denken kann. Es sind über sechs große Listen voll zu ordnen, selbst die Bücher sind noch nicht so geordnet, daß ich vollen und freien Gebrauch davon machen kann.

So nun halt Dich recht wohl, tapfer hältst Du Dich von selbst, und sei herzlich gegrüßt von Deinem alten F. Engels.

Vor allem läßt grüßen, er schrieb mir vor acht Tagen, es ist immer die alte Geschichte mit ihm. Keine Aenderung.

Der Alte, an den Engels seinen Brief schreibt, ist Johann Philipp Bebel, der seit seinem Austritt aus dem Hambacherfest (27. Mai 1832) an allen revolutionären Bewegungen nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz teilgenommen hat. Einer der erfolgreichsten Freiheitskämpfer im Sonderbundkrieg machte er mit Engels im Jahre 1849 die Reichsverfassungskampagne durch und überschritt die Schweizer Grenze nach einem heldenhaften Widerstand als einer der letzten. Als die Internationale gegründet worden war, gab er von 1866 bis 1871 den Vorboten, der die Grundlage der Internationale in allen Ländern deutscher Zunge verbreitete und auch in Oesterreich sehr viel geleistet wurde, heraus. Auch während des Sozialistengesetzes leistete er trotz seines hohen Alters der deutschen Partei sehr viele Dienste. Er starb im Dezember 1886 in Genf.

Der Brief von Engels — es sind von ihm 35 Briefe an Bebel vorhanden — wurde von mir in Bebel's Papiere gefunden, die jetzt dem deutschen Parteilarchiv gehören. R. Kabanoff.

Die bürgerliche Presse zum Erfurter Urteil.

Daß die reaktionäre Presse über den Ausgang des zweiten Erfurter Prozesses ungehalten ist, versteht sich von selbst. Allen voran marschirt natürlich die Post, die in einem Artikel: Ein mißliches Urteil, den Unterschied zwischen dem ersten und zweiten Urteil „peinlich“ empfindet und in ihrer frech offenerzigen Weise erklärt, daß neben der Tat auch die Gesinnung einen gehörigen Denkzettel verdient habe. In der Würdigung sieht sie eine Forderung der militärischen Disziplin, und klagt:

Wohin soll es mit untrer militärischen Disziplin kommen, wenn so unehrliche Ausschreitungen und gewollte Ausschreitungen, wie die von Mühlhausen, so rücksichtslos und „human“ behandelt werden, wie es hier geschehen ist! Angesichts des vorliegenden Urteils sehen wir uns vor die ernste Frage gestellt, ob der Reichstag recht daran getan hat, mit allen gegen eine Stimme Würdungen im Militärstrafgesetzbuch einzuführen. Denn wenn von dieser Vergünstigung ein solcher Gebrauch gemacht wird, und wenn die in Erfurt beobachtete Praxis gar zur Übung werden sollte, dann erblicken wir darin eine Abbrückelung preussischen Geistes in unserm Heer, die uns bedenklicher erscheint als jede Schärfe.

Einen Schaden für diesen preussischen Zuchtgeist wittert auch der fromme Reichsbote, der in seiner pastoralen Weise von den „stillsitzen großen Gütern“ faßelt, die auf dem Spiele stehen, und die „im Interesse der moralischen Weltordnung unbedingt gewahrt werden müssen“. Im übrigen habe die Sozialdemokratie Ursache, sich an die Brust zu schlagen, denn die Erfurter Verurtheilten seien gewissermaßen Opfer der sozialdemokratischen Pfaffen geworden. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung findet, daß „den Angeklagten recht geschehen ist mit der scharfen Strafe. Noch steht die preussische Armee mit all ihren einzelnen Theilen, auch das preussische Kriegsgericht, als ein Felsen von Erz da. Wer darauf beißt, bricht sich die Zähne aus!“

Diesen Ausdrücken verroheter Gesinnung reihen sich würdig die Beschimpfungen der Sozialdemokratie an. Die Deutsche Tageszeitung, die das Urteil auch „feinedwegs zu hart“ findet, bezeichnet den Angeklagten, der im Mauth des Gendarmen vorgehalten, daß er von den Steuern der Arbeiter lebe, als „typischen Genossen“. „Wenn die Leute mit Recht streng bestraft werden, so ist nicht nur ihre stärkere oder geringere Trunkenheit daran schuld, sondern zum guten Theile auch die sozialdemokratische Erziehung, die sie genossen haben.“

Andero schreibt die Kölnische Zeitung, die in dem gegenwärtigen Militärgesetz eine „Ueberspannung des Disziplinbegriffs“ erblickt. Auch die im zweiten Prozeß ausgeworfenen Strafen „widerstreiten dem natürlichen Rechtsempfinden“, zumal „solche in der Trunkenheit verübte Roheiten durchaus kein Monopol der Sozialdemokratie sind, sondern sich leider auch in andern Ständen finden“. Und die Bollsche Zeitung äußert sich:

Wer sich rein fühlt und niemals einen Rausch gehabt hat, der werfe den ersten Stein auf Proletarier, die sich betrunken haben, aber verurtheile sie nicht zu fünf Jahren Gefängnis oder Zuchthaus!

Im übrigen fordert die linksstehende Presse eine Aenderung der Gesetzgebung, die Befreiung der unfähigen Bestimmung, daß Reservisten und Landwehrleute am Tage der Kontrollversammlungen unter den Militärgesetzen stehen.

Von Nah und Fern.

Die Schreckensdiat in Mühlhausen.

Zu der furchtbaren Tat des Oberlehrers Wagner aus Degerloch bei Stuttgart liegen jetzt nähere Nachrichten vor, die das grauenhafte Ereignis in allen seinen Schrecken erkennen lassen. Es ist jedenfalls eine der gräßlichsten, wenn nicht überhaupt die gräßlichste Bluttat, die je von einem Geisteskranken ausgeführt wurde. Denn daß es sich um die Tat eines Wahnsinnigen handelt, muß nach all den Begleitumständen angenommen werden, wenigstens die Gerichtskommission, die Wagner nach seiner Verhaftung verhörte, ihn angeblich für geistig normal erklärt hat. Es ist ganz ausgeschlossen, auf Grund eines kurzen Verhörs sich ein Urteil über die geistige Beschaffenheit eines Menschen zu bilden. Die Psychiatrie ist eine viel zu komplizierte Wissenschaft, als daß ihr Gutachten schon nach einem Tage feststehen könnte, zumal es fraglich ist, ob bei der ersten Untersuchung überhaupt psychiatrisch geschulte Aerzte mitgewirkt haben.

Der Schreckensort, in dem der Wahnsinnige seine Tat ausführte, liegt nicht weit von Stuttgart im Norden der Stadt, während Degerloch, der Wohnort Wagners, im Süden an die württembergische Hauptstadt angrenzt. Mühlhausen ist ein Pfarrdorf von etwa 800 Einwohnern. Wir geben nachstehend die wichtigsten Meldungen über die Bluttat wieder:

Mühlhausen a. d. Enz, 5. September. Wagner ist von Beruf Schullehrer und gegenwärtig in Degerloch angestellt. Vor mehr als zehn Jahren war er hier als Unterlehrer tätig. Vor vier Wochen kam er kurze Zeit hierher und brachte seine beiden Kinder zu seinen Schwiegereltern. Heute nacht kam er unerwartet zurück. Gegen 12 Uhr nachts sahen die Nachbarn des Schulhauses, daß eine Schiene brannte. Als sie sich bei einem Manne, der im Zumult vorüberkam, nach dem Brande erkundigten, fiel statt der Antwort ein Schuß, und einer der Fragesteller sank tot nieder. Der Täter, dessen Persönlichkeit man erkannt hatte, wandte sich nun nach einem andern Ortsteile und zündete im Oberdorf eine große Doppelshiene an, von der aus noch ein Nebenhaus in Brand geriet.

Als der Bürger Christian Vogel nach der Ursache des Feuers sehen wollte, das Fenster öffnete und den Wagner ansprach, erhielt er einen Schuß in den Brust und fiel tot nieder. Im ganzen hat Wagner an vier Stellen Feuer angelegt, u. a. auch im Wirtshause zum Adler, dem Hause seiner Schwiegereltern. Als er eine fünfte Brandstiftung begehen wollte, wurde er gefaßt. In den Händen hatte er zwei große Armee revolvers, aus denen er blinlings brauslos schoss. Der Polizeidiener erhielt zwei Schüsse, der Nachwächter einen. Man mußte den Mörder zuerst wieder loslassen. Wo sich Menschen zeigten, wurden sie von Wagner angefaßt. Im ganzen tötete er acht Personen, nämlich sieben Bürgerleute und ein elfjähriges Mädchen, dessen Eltern sehr schwer verletzt wurden. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf elf, von denen die Hälfte lebensgefährlich verwundet ist. Schließlich stürzte der bereits verwundete Polizeidiener mit einem Eisenbahnarbeiter auf Wagner los, und es gelang ihnen, ihm die Revolver zu entreißen, Man überwältigte den

Geisteskranken. Die inzwischen angelassene, äußerst erregte Bevölkerung mißhandelte ihn schwer. Eine Hand wurde ihm abgehauen und auch am Kopfe erlitt er schwere Verletzungen. Schließlich brachte man ihn nach dem Armenhause und machte sich an die Pflichten. Mit Hilfe des herbeigerufenen Militärs wurde man des Feuers Herr.

Ueber die Person des Täters wird mitgeteilt: Der Täter ist ein vierzigjähriger Mann. Er wird als ruhiger Charakter geschilbert und soll ein glückliches Familienleben geführt haben. Vor seiner Abreise aus Stuttgart schickte er an das dortige Neue Tageblatt einen „Kufruf an das Volk“, in dem er sich als Gottgläubiger bekennt und wirre religiöse Ideen vorträgt. Der Täter trug bei der Tat eine schwarze Mäntel und einen Schleiervorhang. Er hatte einen Lederrücken um den Leib geschnürt, in dem drei moderne Selbstladepistolen zu je zehn Schuß hingen. Erst als er die Pistolen abgeschossen hatte und keine Zeit zum Laden mehr fand, konnte er von einem Polizeidiener überwältigt werden. Der Polizeidiener hatte schon zwei Schüsse erhalten, als es ihm endlich gelang, den Täter mit einem Säbelschleg niederzustrecken. Mit Harke, Karst und Haue wurde er von den erregten Bewohnern schwer mißhandelt und kampfunfähig gemacht.

Mühlhausen a. d. Enz, 5. September. Aus einem Nachbarn hatte Wagner an seine Hausgenossen eine Karte folgenden Inhalts geschrieben: „Nur ich, ich mußte es tun, obwohl ich weiß, daß es keinen Wert hat!“ Es wurden früher noch in irgendwelche Spuren geistiger Störung bei ihm wahrgenommen. In der letzten Zeit allerdings soll er ein eigentümliches Wesen an den Tag gelegt haben. Dem Rektor der Schule hat er in einem längeren Brief Mitteilung von der bevorstehenden Tat gemacht. Außerdem richtete er einen wirren Brief an das Stuttgarter Neue Tageblatt, in dem es u. a. heißt: „An mein Volk! Ich glaube an keinen Gott. Ich wünsche mich als Bundesgenossen des Teufels und jedes erbärmlichen Bundes. Ich möchte alles, was sich vor meiner Pistole findet, martern, aber ich weiß, daß das nicht mehr geht. Ich wünsche auch, daß ich noch der Tat gemartert werde. Ich selber gehe seit Jahren stets mit Dolch und Messer ins Bett.“ — Wagner ist vernehmungsfähig, er verwehrt jedoch vorläufig jede Auskunft. Nach Ansicht zweier Aerzte, die ihn untersucht haben, ist er nicht unzurechnungsfähig.

Mühlhausen a. d. Enz, 5. September. Der Mörder Wagner wurde bei seiner Ueberwältigung am Arm so schwer verletzt, daß ihn dieser im Krankenhaus in Baihingen abgenommen werden mußte. — Die Gerichtskommission hat Wagner für geistig normal erklärt. Er macht überhaupt nicht den Eindruck eines Geistesgestörten. Bei allen Vernehmungsvorhaben erklärt er, nichts auszusagen zu wollen. Er wies darauf hin, daß er alles, was mit der Tat im Zusammenhang stehe, schriftlich niedergelegt habe. Der Grund der Tat wird in mißlichen Familienverhältnissen gesucht. In zwei inzwischen eingetroffenen Briefen hat er bereits die Absicht der Schreckensdiat zugegeben.

Stuttgart, 6. September. Von den durch den Lehrer Wagner in Mühlhausen Schwerkverletzte sind gestern nachmittag drei gestorben. Der Täter hat, wie durch amtliche Erkundigungen festgestellt worden ist, bei seinem Eintreffen in Mühlhausen 300 Patronen im Besitz gehabt. Bei seiner Festnahme wurden noch 220 Patronen vorgefunden, so daß er gegen 80 Schüsse abgegeben haben muß. Er gab bei seiner Vernehmung in Mühlhausen zu, die Tat seit sechs Jahren vorbereitet zu haben.

Hundert Opfer einer Sturmflut.

Neuporf, 5. September. Wie die Sun berichtet, ist die atlantische Insel Ocracole im Pamlico-Sund (Nordkarolina) von einer furchtbaren Sturmflut heimgesucht worden. Hunderte von Menschen sollen ertrunken sein.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Sofia, 6. September. Lebhafteste Unruhe erregen hier die Gerüchte, daß die Türken den Westfuß überschritten hätten und besonders in die von den Griechen besetzten Gebiete vorrückten.

Paris, 6. September. Das Wochenblatt Opinion meldet, daß Arbeiten zur Herstellung drahtloser telegraphischer Verbindungen zwischen dem Eisturm in Paris und einer wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernten russischen Festung im Gange seien. Im Kriegsfall werde sich die französische Ostarmee in direkter Verbindung mit der vordersten Spitze der russischen Truppen befinden.

London, 6. September. Die Streikbewegung in Dublin ist im Zunehmen begriffen. Nach den letzten Nachrichten aus der irischen Hauptstadt beläuft sich die Zahl der Streikenden zwar nur auf 3000, man glaubt jedoch, daß sich ihre Zahl heute verdoppeln wird. In der Stadt selbst herrscht völlige Ruhe. An den Straßenenden sind jedoch Patrouillen von berittenen Polizisten und Militär aufgestellt. Die Gesamtzahl der Streikenden in Dublin und Umgebung wird auf etwa 20 000 geschätzt.

Lisboa, 6. September. Angesichts der hartnäckigen Gerüchte, daß die portugiesischen Monarchisten im Begriff sind, loszuschlagen, verdoppelt die spanische Regierung ihre Wachsamkeit, um von den Ereignissen nicht überrascht zu werden. Die portugiesischen Monarchisten haben an sicheren Plätzen Waffen angehauft, die schon lange vorher an der spanischen Küste gelandet worden waren.

Briefkasten der Redaktion.

D. 52. Wenn Sie durch Unterschrift den Vertrag eingegangen sind, so läßt sich eben leider nichts mehr dagegen machen. Das Geschäft braucht durchaus kein Schwindelunternehmen zu sein, doch möge man sich immer, ehe man mit solchen Geschäften einen Vertrag eingeht, vor Augen halten, daß solche Geschäfte nicht ihre Agenten in der Welt umfeschiden, um ihren Mitmenschen zu helfen; sie wollen in erster Linie verdienen. Wir raten Ihnen trotzdem, sich in der Sache an einen Rechtsanwalt zu wenden, da es doch möglich ist, daß nach der ganzen Art des Vertragsabchlusses Sie vom Vertrag loskommen.

Raefo. Zum Abdruck nicht geeignet. F. T. S. A 45 bedeutet geringe Abweichung der Wirbelsäule ohne Beeinträchtigung der Beweglichkeit; A 46 Unregelmäßigkeiten der Brust geringen Grades; C 1 Blutarmut nach unlangem überstandenen Krankheiten und Verletzungen.

Krankenkasse. Die neuen Bestimmungen hierüber sind so mannigfaltiger Art, daß es uns nicht möglich ist, im Rahmen des Briefkastens Ihre Frage erschöpfend zu beantworten. Wenden Sie sich bitte an das Arbeitersekretariat im Volkshaus, Zeiger Straße. Streikbüchse. Die Bebelgedächtnisbüchse hat am 18. August abends im Volkshaus stattgefunden und am 17. August vormittags im Schloßkeller, Neubitz, und Drei Linden, Lindenau.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Ausrätgers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Ausrätgers mit angeben. Die Expedition.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Liebmann in Leipzig. Verantwortlich für den Ankerartikel: Friedrich Viller in Borsdorf-Beitzka. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 24 Seiten.